

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Drahtseilakt mit einem Despoten



VON JÜRGEN BECKER

- Bundeskanzlerin Angela Merkel setzt in Ägypten auf Prävention
- Deutschland sagt Kairo 250 Millionen Euro Hilfe zu
- Flüchtlingsdeal wie mit der Türkei noch kein Thema

Der ägyptische Präsident al-Sisi ist ein Despot. Kaum jemand wird ernsthaft in Abrede stellen, dass es unter seinem Regime keinen Deut besser um die Pressefreiheit oder die Menschenrechte am Nil bestellt ist als unter seinem vom Volk gestürzten Amtsvorgänger Hosni Mubarak – eher sogar noch schlechter. Darf man also mit solch einem Tyrannen einen Flüchtlingsdeal wie zwischen der EU und der Türkei aushandeln? Wird Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu Recht dafür kritisiert, dass sie außenpolitisch zurzeit ganz pragmatisch mit Autokraten wie al-Sisi einen nüchternen Interessenausgleich in der Flüchtlingsfrage sucht, während sie sonst das hohe Lied der Werte anstimmt? Natürlich ist das für jeden Demokraten, der an Freiheit und Menschenrechte glaubt, nur schwer zu ertragen. Doch was sollte die Bundeskanzlerin tun in einer Zeit, in der der Ruf in Deutschland nach einer Begrenzung der Zuwanderung immer lauter wird, aber sich kurz- bis mittelfristig kaum weniger Menschen auf die Flucht nach Europa machen werden?

Fortschritte in der internationalen oder europäischen Migrationspolitik sind – wenn überhaupt – nur langfristig zu erwarten. Die Idee, in Nordafrika Auffangzentren aufzubauen, existiert noch immer nur auf dem Papier. Libyen, über das die meisten afrikanischen Flüchtlinge nach Europa kommen, versinkt weiter im Chaos. Zudem ist es illusorisch, zu glauben, die EU könnte ihre Außengrenzen selbst zu 100 Prozent schließen. Kurzfristig wirken da nur Kooperationen wie mit der Türkei, zumal sich nach Angaben von Sicherheitsbehörden 2016 mehr als zehn Prozent der in Italien Gestrandeten von Ägypten aus auf den Weg gemacht hatten.

Ohne Frage werden deutsche Finanzhilfen das Regime al-Sisis stabilisieren. Zugleich ist Ägypten aber ein Schlüsselstaat in der Region, der wirtschaftlich am Abgrund steht.

Bislang ist dieses Land vor allem Transitstaat für Migranten aus Eritrea oder Somalia. Doch was würde passieren, falls sich die Ägypter plötzlich selbst in die Boote setzen würden, weil die Infrastruktur dort wegen einer Finanzkrise zusammenbricht? Ägypten ist mit rund 82 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land in Nordafrika.

Ohne Frage werden deutsche Finanzhilfen das Regime al-Sisis stabilisieren. Doch was würde passieren, falls sich die Ägypter plötzlich selbst in die Boote setzen würden?

Zuvorderst hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in Ägypten aber auszuloten versucht, ob dort nicht gegen eine Milliarden-Zahlung vorab geklärt werden kann, ob jemand, der von dort übers Mittelmeer fliehen will, überhaupt die Chance auf Asyl in Europa hat. Dann würden wahrscheinlich deutlich weniger Menschen auf der Flucht sterben als bisher. Zugleich müssten weniger Asylbewerber aus Europa unter größten Anstrengungen wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Das ist ein guter Ansatz und könnte ein wichtiger Baustein der europäischen Flüchtlingspolitik sein. Der größere bleibt aber die Bekämpfung der Fluchtursachen.

juergen.becker@freiepresse.de

Moskau und Washington steuern auf atomares Wettrüsten zu

Abschreckung oder Modernisierung: Mit dem Auslaufen von New Start drohte der nuklearen Abrüstung das Aus

CHEMNITZ – Der neue US-Präsident Donald Trump will atomar aufrüsten. „Besser wäre es zwar, wenn kein Staat Atomwaffen hätte“, erklärt er jüngst, aber Amerika müsse immer die führende Atommacht sein. Er kritisierte in diesem Zusammenhang Russland. Wie geht es nun weiter mit der Kontrolle und der Abrüstung nuklearer Waffen? Welche Verträge gibt es? Vom New-Start-Vertrag zwischen Moskau und Washington hält Trump herzlich wenig. Stephan Lorenz beantwortet dazu einige Fragen.

Eines der berühmtesten Abrüstungsverträge ist der INF-Vertrag über die Vernichtung aller Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite, der 1987 von US-Präsident Ronald Reagan und dem Generalsekretär der UdSSR, Michail Gorbatschow, unterzeichnet wurde. Gilt der Vertrag noch?

Ja. Im Rahmen des unbefristeten Vertrages verpflichteten sich die zwei Großmächte, keine landgestützten Mittelstreckenraketen mehr zu produzieren, zu testen oder zu stationieren. Vorhandene Raketen wurden unter der Aufsicht von Inspektoren vernichtet. Die UdSSR und die USA zerstörten zusammen insgesamt 2692 Raketen. Von beiden Seiten gibt es aber seit Jahren Vorhaltungen, dass der andere gegen den INF-Vertrag verstoße. Die USA werfen Russland vor, den Vertrag seit 2010 zu verletzen, indem sie verbotene landgestützte Marschflugkörper der Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern testen. Putin sagt, die geplanten amerikanischen Raketenabwehrsysteme in Rumänien und Polen würden gegen den INF-Vertrag verstoßen.

Trump will den New Start womöglich nicht verlängern, der im April 2010 vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama und dem russischen Präsidenten Dmitri Medwedew unterzeichnet wurde. Was ist der Inhalt des Vertrages?

Er ist bis 2021 gültig und regelt die Reduzierung und Begrenzung stationierter strategischer Nuklearwaffen mit einer Reichweite von mehr als 5500 Kilometern. New Start sieht die Verringerung der Zahl der Nuklearsprengköpfe beider Staaten von 2200 auf 1550 Stück sowie eine Reduzierung der Trägersysteme auf 800 Stück vor. Sieben Jahre nach Inkrafttreten des neuen Start-Vertrages (2011) müssen diese Zahlen erreicht sein – also im nächsten Jahr. Nach dem Auslaufen des Start-I-Vertrags samt seinem Verifikationsregime im Dezember 2009 ist New Start der erste verifizierbare Rüstungskontrollvertrag zwischen den USA und Russland seit 1994. 2013 hatte übrigens schon US-Präsident Obama angeboten, einen Folgevertrag über eine weitere Reduzierung der stationierten strategischen Atomwaffen um ein Drittel auf rund 1000 Sprengköpfe zu verhandeln.

Was würde passieren, wenn US-Präsident Donald Trump den Vertrag nicht verlängern würde?

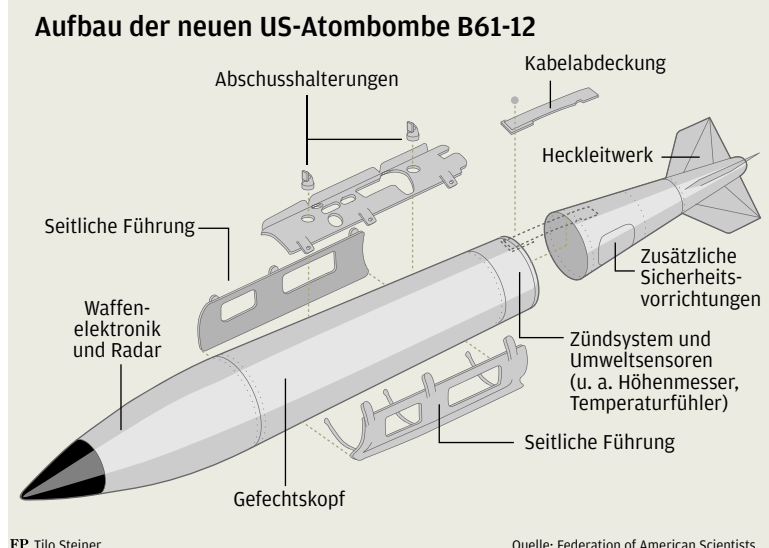
Oliver Thränert vom Zentrum für Sicherheitsstudien an der ETH Zürich: „Man hätte keine Obergrenzen mehr für die stationierten strategischen Kernwaffen. Wenn New Start ausläuft, dann gäbe es gar keine Vertragsgrundlage mehr für die Beschränkung der gegenseitigen Kernwaffenarsenale und damit auch keine Zusammenarbeit mehr bei der Überprüfung. Der Rüstungskontrollprozess zwischen Russland und den USA würde komplett zum Erliegen kommen. Das wäre das erste Mal seit den 1960er-Jahren.“

Welche internationalen Verträge gibt es auf dem Gebiet der nuklearen Atomwaffen?



Das U-Boot der Ohio-Klasse kann mit Interkontinentalraketen bestückt werden. Es gehört zum atomaren Abschreckungspotenzial der USA.

FOTO: DPA/PICTURE ALLIANCE/YONHAP



Der 1970 in Kraft getretene Nichtverbreitungsvertrag unterteilte die Vertragsstaaten in einerseits Kernwaffenstaaten, welchen die Weitergabe nuklearer Waffen an nichtnukleare Staaten untersagt wurde. Andererseits verzichteten nicht nuklearbewaffnete Staaten darauf, Technologien dieser Art für den Bau von Atomwaffen zu entwickeln, zu erwerben, zu besitzen oder zu verwenden. Jedoch verweigern die inoffiziellen Atomwaffenstaaten Indien, Israel und Pakistan ihre Mitgliedschaft bis heute. Nordkorea stieg 2003 aus.

Der Kernwaffenteststopp-Vertrag von 1996 verbietet jegliche Atomtests. Ist der in Kraft gesetzt?

Nein, erst muss er durch alle diejenigen Länder ratifiziert worden sein, die über Kernwaffentechnologien verfügen oder nach Angaben der internationalen Atomenergiebehörde fortgeschrittene Atomenergieanlagen nutzen. Das sind 44 Staaten. Von den Atomwaffenstaaten haben nur Großbritannien, Frankreich und Russland den Vertrag ratifiziert. Israel, USA und China haben ihn zumindest unterzeichnet. Zurzeit testet auch nur Nordkorea. Mittlerweile könnten die hochentwickelten Atomwaffen aber auch effektive Computersimulationen durchführen und können auf Feldtests verzichten, wie Thränert erklärte.

Viel ist von der Modernisierung

des US-Waffenarsenals die Rede. Was kann man darunter verstehen?

Laut Thränert geht es vor allem um die Trägersysteme, also Raketen, Flugzeuge und U-Boote. Diese Systeme müssen irgendwann erneuert werden, da sie wie jedes militärische Gerät im Einsatz verschleifen. Die Amerikaner haben seit Ende des Kalten Krieges kein einziges neues Trägersystem eingeführt. Das ist fast 30 Jahre her. Die Debatte über neue landgestützte Interkontinentalraketen, eine neue U-Bootklasse sowie über ein neues strategisches Flugzeug hatte schon unter Obama begonnen. Die Russen haben damit schon sehr viel früher angefangen. Die Einführung neuer U-Boote und Raketen wollen sie in den nächsten zwei, drei Jahren abschließen. Die USA stehen hingegen erst am Anfang eines Modernisierungsprozesses, sagte Oliver Meier, Experte von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Er wies darauf hin, dass die Russen neuartige Waffensysteme entwickeln. So zum Beispiel landgestützte strategische Waffen, die die Fähigkeit haben sollen, durch große Reichweiten die US-Raketenabwehrsysteme zu umgehen.

Müssen auch die atomaren Gefechtsköpfe erneuert werden?

In der Tat gibt es Korrosionsprozesse, die unkontrolliert ablaufen. Auch die elektronischen Sicherheitsmechanismen vor Diebstahl

müssen nachgebessert werden: Die Bauweise der Bomben muss überprüft werden, um sie sicherer zu machen vor einer ungewollten Explosion. Die USA wollen zudem die Sprengkopftypen vereinheitlichen.

Die neu konstruierten Bomben vom Typ B61-12 werden die modernsten Nuklearwaffen der USA. Wie ist der Stand?

Es ist der Grundtyp B 61, der in großer Stückzahl existiert. Ab Januar 1968 wurden etwa 3150 Bomben dieses Typs gebaut. Die B 61 ist die einzige Nuklearwaffe, die seitens der USA in Drittländern stationiert wird. So soll die Sprengkraft erhöht werden, und die Bomben werden mit steuerbaren Heckflossen versehen. Dadurch könnte der Gefechtskopf zielgenauer zum Einsatz gebracht werden. Genauere technische Details sind aber unbekannt. Etwa ab 2021 sollen sie die alten Modelle in Europa ablösen. Bis zu 20 dieser atomaren Waffen befinden sich wohl in Büchel. Sie sind als Bewaffnung für bis zu 46 Tornados des Jagdbombengeschwaders 33 der Deutschen Luftwaffe vorgesehen. Dann, so der Plan, kann die neue Bombe sowohl mit taktischen Kampfflugzeugen wie der F-16, dem deutschen Tornado, der F-15E oder dem neuen Jagdbomber F-35 eingesetzt werden als auch von strategischen Bombern wie der B-2 „Spirit“ oder dem geplanten Zukunftsbomber vom Typ LRS-B.

Wo sind in Europa US-Atomwaffen stationiert?

Es gibt darüber keine offiziellen Informationen der Nato. Aber man weiß, dass es Standorte in Deutschland (Büchel in der Eifel), in Italien (Aviano bei Vicenza, Ghedi-Torre bei Brescia), in der Türkei (Incirlik), Belgien (Kleine Brogel in Flandern) und den Niederlanden (Vollk in der Provinz Nordbrabant) gibt.

Wie viele Atomsprengköpfe haben die beiden Seiten eigentlich aktuell?

Während des Wettrüstens im Kalten Krieg hat es eine massive Aufrüstung gegeben. Auf dem Höhepunkt wurden weltweit rund 70.000 Sprengköpfe vermutet. Heute gibt es noch etwa 15.000 Sprengköpfe. Laut Thränert haben die USA und Russland derzeit jeweils 4000 bis 4500 Gefechtsköpfe. „Es hat also eine Reduzierung stattgefunden.“ Davon wiederum haben die USA rund 1590 stationiert und Russland etwa 1950.

Könnten Atomwaffen wie Frankreich oder Großbritannien den nuklearen Schutzschild für Europa übernehmen, wenn die USA sich irgendwann doch militärisch zurückziehen würden?

Nach Meinung von Oliver Thränert auf keinen Fall. „Die französischen und britischen Potenziale sind einfach zu klein. Sie sind einzig und allein für die nationale Sicherheit vorgesehen“, sagte er. Eine erweiterte nukleare Abschreckung könne derzeit auch weder im Rahmen der Nato noch der EU politisch oder militärisch verankert werden.

Woher kommen die Informationen über die doch so geheimen Atomwaffenarsenale? Wie belastbar sind die Zahlen?

Die Geheimhaltung ist laut Oliver Meier in der Tat ein großes Problem. „Die USA haben am Ende der Obama-Administration Zahlen veröffentlicht, neuere gibt es nicht. Bei den Russen leitet man die Zahlen aus verschiedenen Quellen ab. Beim New-Start-Vertrag gibt es vertraglich festgelegte Obergrenzen bei den stationierten strategischen Waffen. Im Rahmen des Vertrages tauschen sich beide Seiten über die Zahlen aus. Bei den taktischen Atomwaffen teilten die Russen 2015 mit, man habe deren Anzahl gegenüber 1990 auf ein Viertel reduziert. Absolute Zahlen wurden nicht genannt.“

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteure:
 Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung:
 Gesamt: Tobias Schniggenfittig
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)
 National: Alexander Arnold
 Regional: Steffen Schulle
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 28,80 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 35,90 €.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.